

"Pseudo-Opinions" in Bevölkerungsumfragen: wie die Bürger fiktive Politiker beurteilen

Reuband, Karl-Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reuband, K.-H. (2000). "Pseudo-Opinions" in Bevölkerungsumfragen: wie die Bürger fiktive Politiker beurteilen. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 46, 26-38. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-199310>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

„Pseudo-Opinions“ in Bevölkerungsumfragen. Wie die Bürger fiktive Politiker beurteilen.

von Karl-Heinz Reuband¹

Zusammenfassung

Auf der Basis einer face-to face- und einer telefonischen Befragung der Allgemeinbevölkerung einer ostdeutschen Großstadt, der Stadt Dresden, wird untersucht, wie häufig nicht existente Politiker auf einer Bewertungsskala eingestuft werden. Je nach vorgegebenem fiktiven Politiker nehmen zwischen 7% und 15% der Befragten eine Wertung vor. Größere Unterschiede nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Bildung ergeben sich nicht, wohl aber ein deutlicher Zusammenhang mit dem politischen Interesse: Je größer das politische Interesse der Befragten ist, desto eher nehmen sie eine Bewertung fiktiver Politiker vor. Inwieweit dieser Befund spezifisch ist für ostdeutsche Verhältnisse oder generalisiert werden kann, bedarf weiterer Forschung.

Abstract

"Pseudo-Opinions" in general surveys: How citizens evaluate fictitious politicians. On the basis of a face-to-face and a telephone survey in the general population of an East German city, the city of Dresden, research is done on how citizens evaluate non-existent politicians. Depending on the respective fictitious politician between 7% und 15% of the respondents undertake a rating. Noteworthy relations with sex, age and education do not exist, but with political interest: the greater the political interest is, the more often the fictitious politicians are rated. Whether this finding is specific for East Germany or can be generalised deserves further study.

¹ **Karl-Heinz Reuband** ist ordentlicher Professor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Lehrstuhl Soziologie II, Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf, e-mail: reuband@phil-fak.uni-duesseldorf.de. Die Untersuchung, auf die sich dieser Beitrag stützt, wurde durchgeführt zu der Zeit, in der er eine Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung am Institut für Soziologie der TU Dresden innehatte.

1 Einleitung

In den Umfragen, die regelmäßig in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden, nehmen politische Fragen traditionell einen hohen Stellenwert ein. Das abgedeckte Themenspektrum reicht von politischen Grundsatzfragen und der Beurteilung von Institutionen bis zur Bewertung von Politikern. Die Bereitschaft der Befragten, sich dazu zu äußern, ist im allgemeinen hoch, die Zahl der Meinungslosen entsprechend klein. Doch wie sehr spiegeln sich in den Antwortmustern reale Einstellungen wider? Wie sehr gibt es unter Befragten eine Neigung, sich auch dann inhaltlich zu äußern, wenn sie über die erfragten Sachverhalte noch nicht nachgedacht haben oder in dieser Frage ignorant sind?

Informationen dazu sind außerordentlich spärlich. Umfragen zum politischen Wissensstand in der Bevölkerung hatten vor allem in den 50er und frühen 60er Jahren eine gewisse Popularität, in der Folgezeit schwand das Interesse daran.² Die Vorstellung vom mündigen Bürger, der über alle relevanten gesellschaftlichen und politischen Fragen informiert ist, war einer realistischen Sichtweise gewichen, derzufolge politisches Handeln nicht immer auf einem hochgradigen Informationsniveau basiert und auch nicht zwangsläufig basieren muß. Womöglich gründet sich das schwindende Interesse auch auf die (irrige) Vorstellung, daß mit dem zwischenzeitlich gestiegenen Bildungsniveau und der Ausbreitung der Medien das politische Informationsniveau zwangsläufig gewachsen sei.

Damit aber rückte die gewichtige Fragestellung nach dem tatsächlichen Wissensstand und der Bekundung von Informiertheit bei tatsächlicher Nichtinformiertheit in den Hintergrund. Denn der wohl stärkste Erwünschtheitseffekt, der in der Umfrageforschung überhaupt besteht, so mutmaßt *Leo Bogart* (1967), ist der, überhaupt eine Meinung zu haben. Wer in den Fragen ignorant ist, gibt dementsprechend vor, dies nicht zu sein. In der Tat haben mehrere Untersuchungen gezeigt, daß sich Befragte, wenn man sie entsprechenden Befragungssituationen aussetzt, selbst zu fiktiven Gesetzen, ethnischen Gruppen und Politikern äußern (*McCord* 1951, *Hartley* und *Hartley* 1955:464, *Schuman* und *Presser* 1981: 148 ff.). Viele Antworten, so *Philip Converse* in seinen Arbeiten über "non-attitudes" (1964, 1970), werden ad hoc konstruiert und entbehren einer Fundierung. Das Informationsniveau ist geringer als es vom Befragten vorgespielt wird.

Für die Bundesrepublik liegen zur Frage der Urteile über fiktive Sachverhalte - in der Literatur auch "Pseudo-Opinions" genannt - bislang nur wenige Studien vor, und diese sind zudem meist auf die alten Bundesländer beschränkt. Gefragt, ob sie für oder gegen den "Imponderabilienvorschlag der Regierung" seien, antworteten in einer Allensbach-

2 Informationen zum Wissensniveau der Deutschen finden sich in den verschiedenen von *E. Noelle-Neumann* herausgegebenen Jahrbüchern des Instituts für Demoskopie. Für die USA findet sich eine neuere Zusammenstellung bei *Delli Cargini* und *Keeter* (1996). Sie spiegelt zu einem gewissen Teil ein in der jüngsten Zeit wieder gestiegenes Interesse an Fragen der Informiertheit wider.

Umfrage aus den 90er Jahren im Rahmen von face-to-face-Interviews 12% der bundesdeutschen Bevölkerung mit inhaltlichen Aussagen (*Noelle-Neumann* und *Petersen* 1996: 88). Und in einer EMNID Umfrage aus den 80er Jahren gaben ebenfalls 12% eine Beurteilung des fiktiven Politikers „*Meyer*“ ab (EMNID 1981). In einer schriftlichen Umfrage unter Studenten der Politologie trafen - sofern sie nicht mittels Fragekonstruktion zum Bekennnis des Nichtwissens eigens ermuntert wurden - sogar 19% ein inhaltliches Urteil über einen nicht existenten Grundgesetzparagrafen (*Aschmann* und *Widmann* 1986).

Wie die Verhältnisse in der Frage der „Pseudo-Opinions“ in den neuen Bundesländern aussehen, ist nicht bekannt. Gegensätzliche Muster sind denkbar. So wäre möglich, daß unter dem Anpassungsdruck gewandelter Verhältnisse eine größere Bereitschaft besteht, sich zu politischen Themen zu äußern als in Westdeutschland, auch wenn man selbst darüber noch nicht nachgedacht hat oder informiert ist. Keine Meinung zu haben, könnte als besondere Rückständigkeit und Inkompetenz im neuen gesamtdeutschen Verband interpretiert werden. Doch könnte es umgekehrt ebenfalls zutreffen, daß unter Westdeutschen der Zwang zur positiven Selbstdarstellung größer ist - im Einklang mit einer im Vergleich zu Ostdeutschen von vielen Autoren unterstellten stärkeren Selbstprofilierungstendenz im Alltag (vgl. *Wedel* 1995:33, *Wagner* 1996:153).

Die einzige Untersuchung, die bislang Informationen aus den neuen Bundesländern zu dieser Frage liefert, wurde in Sachsen im Auftrag der Staatskanzlei durchgeführt. "Wir wollten einfach mal wissen", begründete der stellvertretende Regierungssprecher die Vorgehensweise, "wie verlässlich Meinungsumfragen sind" (zit. nach DER SPIEGEL 1993, vgl. auch *Diekmann* 1995:386). Danach gaben 8% der Befragten in einer mündlichen face-to-face-Befragung eine Beurteilung des fiktiven Politikers „*Dieter Köstritz*“ ab. Dieser Wert scheint zunächst im Vergleich zu analogen Werten im Westen, wie etwa zur zuvor zitierten Bewertung des Politikers „*Meyer*“, niedriger zu sein. Bedacht werden muß jedoch, wie man den internen Befragungsunterlagen entnehmen kann (EMNID 1993), daß die Befragten in der sächsischen Erhebung im Gegensatz zu den anderen Befragungen ermuntert wurden, ihr Nichtwissen zu bekunden. Ermunterungen - und sei es nur durch explizite Erwähnung der Möglichkeit - reduzieren den Anteil der Personen, die fälschlich über Sachverhalte urteilen (*Aschmann* und *Widmann* 1986, *Reuband* 1990a).

2 Zielsetzung und Methoden

Im folgenden soll untersucht werden, wie häufig sich ostdeutsche Befragte zu nicht existenten Politikern äußern, wenn sie - wie in Umfragen üblich - zum Eingeständnis des Nichtwissens nicht eigens ermuntert werden. Empirische Basis sind zwei Erhebungen, die von uns im Frühjahr/Sommer 1996 in Dresden in zwei unterschiedlichen Erhebungsmodi durchgeführt wurden: zum einen face-to-face und zum anderen telefonisch.

Aus früheren Untersuchungen ist bekannt, daß sich face-to-face und telefonische Befragungen (im Gegensatz zu postalischen Umfragen) in Fragen der Erwünschtheitseffekte in der Regel kaum oder gar nicht unterscheiden. Allenfalls eine leichte Tendenz besteht, sozial unerwünschte Verhaltensweisen wie z.B. Drogengebrauch in telefonischen Befragungen seltener einzugestehen als in face-to-face-Befragungen (vgl. *de Leeuw* 1992, *Reuband* 1993, *Reuband* und *Blasius* 1996). Dies resultiert womöglich aus dem Fehlen eines Interviewers, dem man von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht: Der vermeintlich größeren Anonymität des Telefonkontaktes steht eine geringere Chance gegenüber, Sympathie und Vertrauen zum Interviewer und dadurch zugleich eine Offenheit im Antwortverhalten zu entwickeln.³

Die face-to-face-Befragung beruht auf einer Quotenstichprobe. Als Quotenmerkmale vorgegeben waren im Rahmen einer einfachen Quotierung die Merkmale Geschlecht, Alter sowie in eingeschränktem Maße die Bildung des Befragten (nicht mehr als ein Fünftel sollten Fachhochschulreife oder Abitur besitzen). Die Qualität der erhobenen Daten kann insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Verstöße gegen die Quotenvorgaben sind, gemessen an einer Dunkelfeldbefragung der Interviewer, die nach Beendigung der Erhebung anonym durchgeführt wurde, minimal.

Bei der Telefonbefragung wurde eine Randomauswahl aus dem Adreßbuch bzw. dem Telefonbuch getroffen. Die Kontaktierung erfolgte in einem Subsample "kalt", d.h. ohne vorheriges Anschreiben, in einem anderen Subsample "warm", d.h. mit vorherigen Anschreiben. Wo sich die Auswahl auf den Haushalt und nicht die Einzelperson bezieht, wurde die "last birthday"-Methode eingesetzt.⁴ Sowohl die mündliche als auch die telefonische Befragung stützten sich auf Personen 18 Jahre und älter mit Wohnsitz in Dresden. Als Interviewer wurden Studenten - überwiegend der Sozialwissenschaften - eingesetzt. Die Zahl der Befragten beläuft sich in der mündlichen Befragung auf 602 Personen, in der telefonischen auf 390 Personen.

Gegenstand der folgenden Analyse sind die Antworten auf die Frage, was man „ganz allgemein von den Politikern“ halte, die dem Befragten vorgelesen wurden. Anhand einer Skala von 1 bis 6 war das Urteil abzustufen. Zwar stand dem Interviewer eine Kategorie für Nichtkenntnis eines Politikers zur Verfügung, er sollte sie jedoch - so der explizite Hinweis in der Fragebogeninstruktion - nicht vorlesen. Aufgelistet wurden insgesamt sie-

3 Wie sehr durch den Interviewverlauf in face-to-face Befragungen ein Vertrauen hergestellt werden kann, das zur Offenheit motiviert, zeigt sich an Fragen zur Bereitschaft, sich im Interview zu verschiedenen Themen frei zu äußern. Viele verneinen zunächst eine Bereitschaft, etwa Angaben zur Parteipräferenz oder dem Einkommen zu machen, und geben später am Ende des Interviews doch entsprechende Auskünfte (vgl. *Reuband* 1991).

4 Die Ausschöpfungsquote liegt (nach Abzug der neutralen Ausfälle) insgesamt knapp über 50%.

ben reale gegenwärtige bzw. einstige sächsische Landespolitiker und zwei fiktive Politiker. Zu den realen Politikern zählen *Kurt Biedenkopf*, *Arnold Vaaz*, *Friedbert Gross*, *Kajo Schommer*, *Heinz Eggert*, *Georg Milbradt*, *Steffen Heitmann* und zu den fiktiven Politikern *Volker Kutschke* und *Dieter Köstritz*. Während der Name „*Volker Kutschke*“ neu entwickelt wurde, wurde der Name „*Dieter Köstritz*“ der zuvor genannten sächsischen Umfrage entnommen. Völlig unvertraut dürfte der Name dieses fiktiven Politikers den meisten Befragten nicht sein: der Nachname ist identisch mit dem Namen einer ostdeutschen - inzwischen bundesweit vertriebenen - Biermarke.

3 Verbreitung von „Pseudo-Opinions“

Wie man Tabelle 1 entnehmen kann, variiert die Kenntnis der sächsischen Landespolitiker erheblich. Den Ministerpräsidenten *Kurt Biedenkopf* kennen de facto alle Befragten. Den ehemaligen Innenminister *Heinz Eggert* je nach Erhebungsart zwischen 88% und 91% und den Finanzminister *Georg Milbradt* zwischen 49% und 63%.⁵ Weitgehend unbekannt unter den realen Politikern ist *Friedbert Gross*, mit einem Wert unter 20%. Er war bis 1994 Kultusminister in Sachsen und gehörte zum Zeitpunkt der Befragung - im Gegensatz zu den anderen aufgeführten Politikern - der Regierung nicht mehr an. Dieses zwischenzeitliche Abtreten von der politischen Bühne mag zu schnellem Vergessen seines Namens beigetragen haben. In dieser Hinsicht reproduzieren die Ergebnisse ein Phänomen, das sich auch in anderen Zusammenhängen immer wieder findet. Selbst bei tagespolitisch bedeutsamen Ereignissen ist dies immer wieder festzustellen (vgl. *Reuband* 1990b).

Zugleich wird anhand der Daten deutlich: Auch nicht existente Politiker können zu einem gewissen Prozentsatz in Umfragen Resonanz für sich reklamieren. *Volker Kutschke* wird immerhin - je nach Erhebungsart - von 7% bis 13% der Befragten als bekannt eingestuft und beurteilt und *Dieter Köstritz* mit einem Anteil zwischen 7% und 15%. Daraus folgt: Wo immer reale Politiker in Umfragen weniger als 15% der Befragten bekannt sind, muß besondere Vorsicht bei der Interpretation der Ergebnisse geübt werden. Man kann nicht sicher sein, daß diese Politiker auch realiter den Befragten bekannt sind. Fiktive Politiker dürften genauso häufig bewertet werden.

5 Auffällig ist, daß in der Telefonbefragung die Befragten eine Kenntnis von Politikern eher angeben als in der face-to-face Befragung. Ein - eher unwahrscheinlicher - Grund ist die etwas andere soziale Zusammensetzung (die Telefonbesitzer verfügen etwas häufiger über eine höhere Bildung: Fachhochschulreife/Abitur face-to-face 36 % vs. telefonisch 42 %). Ein anderer wäre stärkere Erwünschtheitseffekte in Telefonbefragungen. Für Ostdeutschland liegen dazu bislang keine anderen Befunde vor, allenfalls für den Vergleich von Telefonbefragung und postalischer Befragung. Danach sind deutliche Erwünschtheitseffekte beim Telefoninterview anzutreffen - inwiefern dies eine Folge der kurzen Dauer des Telefonbesitzes ist oder des vergangenen politischen Systems, muß offen bleiben (*Reuband* 2000).

Tabelle 1: Bekanntheit von realen und fiktiven Politikern nach Art der Datenerhebung in %

	Face-to-face	Telefonisch
Kurt Biedenkopf	97	100
Arnold Vaatz	51	63
Friedbert Gross	17	18
Kajo Schommer	61	79
Heinz Eggert	88	91
Georg Milbradt	49	63
<i>Volker Kutschke</i>	7	13
Steffen Heitmann	81	84
<i>Dieter Köstritz</i>	7	15

Anmerkung: Die fiktiven Politiker sind kursiv gesetzt. Die Reihenfolge entspricht der Reihenfolge der Vorgaben.

Frageformulierung: "Was halten Sie ganz allgemein von den Politikern, die ich Ihnen jetzt vorlese? Sagen Sie mir bitte anhand der Skala, was Sie von dem jeweiligen Politiker halten. 1 heißt, daß Sie sehr viel von ihm halten, 6 heißt, daß Sie überhaupt nichts von ihm halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

Je mehr Sachverhalte zu einem Themenkomplex erfragt werden, über die nur rudimentäres oder gar kein Wissen existiert, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit von Fehleinstufungen. Errechnet man den Anteil der Befragten, die über mindestens eine der fiktiven Personen - **Kutschke** oder **Köstritz** - ein Urteil abgeben, kommt man im Falle der mündlichen Befragung auf einen Anteil von 10% und im Fall der telefonischen auf einen Anteil von 20%. Der Anteil unrealistischer Bewertungen steigt in der Telefonerhebung also an. Es scheint, als würde sich die Tendenz zur Unterdrückung sozial unerwünschter Antworten - in diesem Fall Meinungslosigkeit – hier besonders stark auswirken.

Eine alternative Erklärung für das Phänomen wäre, daß bei Telefongesprächen im Vergleich zu face-to-face-Gesprächen Pausen eher als störend empfunden werden, und dadurch bedingt schneller geantwortet wird (vgl. **Höflich** 1989: 199). Telefoninterviews, selbst bei gleicher Zahl an Fragen, nehmen daher gewöhnlich weniger Zeit in Anspruch als face-to-face-Befragungen (vgl. auch **Fuchs** 1994). Das Ausmaß an Nachdenken und retrospektiven Recherchen über Namen und Funktionen könnte reduziert sein und Antworten gegeben werden, die sich weniger stark auf gesichertes Wissen stützen.

Eine einheitliche Neigung zur Fehlbeurteilung gibt es unter den Befragten nicht. Nur ein Drittel der Befragten, die falsche Nennungen abgeben (in der mündlichen 31%, in der tele-

fonischen 34%), beziehen beide Politiker mit ein. Der überwiegende Teil trifft sein Fehlurteil nur in bezug auf einen der Politiker. Was zugleich bedeutet: Die methodische Möglichkeit der Identifikation von Personen mit fehlerhafter Antwortneigung - etwa über einzelne Fragen zu nicht existenten Politikern - ist eingeschränkt.

4 Soziale Beziehungen zum Interviewer und "Pseudo-Opinions"

Nun handelt es sich im Fall unseres Vergleichs zwischen einer face-to-face und einer telefonischen Befragung nicht allein um einen bloßen Vergleich unterschiedlicher Befragungsmodi. Zusätzlich kommen Unterschiede in der Stichprobenziehung hinzu, so daß sich die Frage stellt, inwieweit diese für das beobachtete Phänomen mitverantwortlich sind. In der Quotenstichprobe ist es auf seiten des Interviewers üblich (vgl. auch *Reuband* 1998), auf Personen zurückzugreifen, die er näher kennt (also Personen aus dem Verwandtenkreis, Freunde etc.). Unter Umständen ist man dort bereiter, Nichtwissen einzugestehen. Möglicherweise liegt hier der Schlüssel zu den unterschiedlichen Antwortmustern je nach Erhebungsmethode. Wir können die Frage prüfen, indem wir das Antwortverhalten mit den Auswahlstrategien der Interviewer zur Rekrutierung der Befragten in Beziehung setzen (diese wurde im Anschluß an jedes Interview festgehalten).

Dann zeigt sich: Je enger die soziale Beziehung zum Befragten ist, desto seltener wird in der Tat Wissen vorgetäuscht. Dies gilt auch dann, wenn man den Ort des Interviews kontrolliert und sich auf Interviews in der Wohnung beschränkt. Wo Bekannte, in der Regel Familienangehörige oder Freunde, zu Hause befragt werden, werden von 8% der Befragten fiktive Politiker beurteilt, und wo Fremde in der Wohnung befragt werden von 14%. Der höchste Wert findet sich, wo der Interviewer den Befragten nicht kennt und ihn auf der Straße kontaktiert: Rund ein Fünftel (19%) der so Befragten fällt substantielle Urteile über nicht existente Politiker.

Damit nähert man sich den Zahlen der Telefoninterviews - für die ja ähnliche anonyme soziale Beziehungen charakteristisch sind - an. Die Bekanntschaft mit den Befragten, die ansonsten in der Literatur als methodisch ungünstig gilt (vgl. *Scheuch* 1973), erweist sich im vorliegenden Fall somit anscheinend als Vorteil: Die Validität der Angaben, gemessen an der Nichtnennung fiktiver Politiker, wird erhöht. Dieser Befund könnte bedeuten, daß es weniger der Erhebungsmodus selbst ist, der zählt, als der Grad der Anonymität. Oder anders ausgedrückt: Es ist womöglich der Mangel an Vertrauen zum Interviewpartner, der die Unterschiede im Antwortverhalten beim vorliegenden Vergleich von face-to-face und telefonischen Befragungen maßgeblich erklärt.

5 Soziale Hintergründe von „Pseudo-Opinions“

Befunden aus der Methodenforschung zufolge neigen Angehörige niedriger Schichten und Personen mit niedriger Bildung überproportional häufig dazu, Fragen zuzustimmen und Erwünschtheitseffekte in der Befragungssituation zu erbringen (*Martin* 1983: 713 ff., *De Maio* 1984: 273, *Schräpler* 1996: 56). Die Zustimmungstendenz wird in der Literatur als typische Reaktion in unstrukturierten Situationen - als "Ergebenheit" gegenüber dem Interviewer - interpretiert (vgl. *Esser* 1974: 128). Personen mit niedriger Bildung zählen überdies zu denjenigen, die politisch im allgemeinen weniger interessiert sind. Ihr Verständnis für politische Fragen könnte dadurch geringer sein als bei besser Gebildeten und Fehlperzeptionen entsprechend häufiger. In einer Gesellschaft, die politisches Bewußtsein zur Norm erhebt, nehmen sie eine abweichende Position ein. Abweichende Positionen aber werden gewöhnlich nicht gern vertreten. Erwünschte Antworttendenzen sind eine mögliche Folge. Neigen schlechter Gebildete daher eher zu „Pseudo-Opinions“?

Untersuchungen über erinnerte Fernsehnachrichten zeigen, daß Bildung tatsächlich in dieser Weise mit Fehlurteilen korreliert. Mit sinkender Bildung nimmt nicht nur die Zahl erinnelter Nachrichteninhalte ab, sondern auch die Zahl richtig erinnelter Inhalte (*Ruhrmann* 1989:99). Was bedeutet: Auch wenn die schlechter Gebildeten nicht genau informiert sind, äußern sie sich in überproportionaler Weise zu dem erfragten Sachverhalt. Mit diesem Befund scheint übereinzustimmen, daß die Neigung, sich zu fiktiven politischen Sachverhalten zu äußern, - amerikanischen Untersuchungen zufolge - mit sinkender Bildung wächst (vgl. *Schuman* und *Presser* 1981:148ff.).

Andererseits sind Personen mit hoher Bildung gegenüber Einflüssen der Erwünschtheit nicht immer immun. In der EMNID Umfrage in Westdeutschland aus den 80er Jahren wurde mit steigender Bildung - und nicht etwa sinkender - die fiktiven Politiker häufiger beurteilt: Während im Durchschnitt 12% der Befragten den fiktiven Politiker "*Meyer*" kannten, waren es unter den Befragten mit Abitur 18% (EMNID 1981:15). *Noelle-Neumann* behauptet gar, allerdings ohne dies in ihrer Publikation empirisch im einzelnen in Form von Zahlen zu belegen, die Täuschung sei in den höheren Bildungsgruppen allgemein häufiger vertreten: "Das Vortäuschen von Wissen wird insbesondere in der Oberschicht, deren Angehörige auf ihrem Bildungs- und Berufsweg mehrere Prüfungen absolvieren mußten, für nahezu selbstverständlich gehalten" (*Noelle-Neumann* und *Petersen* 1996:89).

Man muß jedoch nicht allein auf Prüfungssituationen verweisen, um Täuschungen in höheren Bildungsgruppen für möglich zu halten. Man könnte auch auf Distinktions- und Abschließungstendenzen nach unten rekurrieren - wie sie etwa von *Pierre Bourdieu* in seinem Werk über die "feinen Unterschiede" (1987) beschrieben worden sind. Weil Angehörigen höherer Bildungsgruppen - sowohl von anderen Bildungsgruppen als auch der eige-

nen Bezugsgruppe - qua Ausbildung ein größeres Wissen zugeschrieben wird, würde das Eingeständnis von Ignoranz das Selbst- und Fremdbild gleichermaßen gefährden.

In unserer Untersuchung läßt sich kein Bildungseffekt feststellen. Dies gilt auch dann, wenn man nach dem Alter des Befragten untergliedert: Spezifische Bildungseffekte je nach Generation oder Altersgruppenzugehörigkeit gibt es nicht. Auf den ersten Blick scheinen diese Ergebnisse damit nicht nur den Befunden westdeutscher Untersuchungen, sondern auch den Befunden einer früheren sächsischen Untersuchung zur Beurteilung des Politikers "*Köstritz*" zu widersprechen. Denn dort, so in der Veröffentlichung (vgl. *Diekmann* 1995: 386), gaben unter den Befragten mit höherem Bildungsabschluß häufiger eine Kenntnis des nicht existenten Politikers an als in den unteren Bildungsgruppen.

Doch die Realität ist eine andere. Die für die besser Gebildeten mitgeteilten Werte finden sich in den Originaltabellen, die man dem unveröffentlichten Bericht entnehmen kann, nicht wieder. Der Unterschied zwischen den Bildungsgruppen ist minimal und beläuft sich - kontrastiert man die unterste mit der obersten Bildungsgruppe - auf allenfalls 5 Prozentpunkte (EMNID 1993). Diese Konsistenz der Befunde für Ostdeutschland bedeutet: Die Ergebnisse, die in Westdeutschland gefunden wurden, sind entweder einzigartig für die erfragten Sachverhalte, oder die Verhältnisse in Ostdeutschland unterscheiden sich in dieser Hinsicht. Die andersgeartete gesellschaftliche Sozialisation und Tradition - insbesondere in der Betonung egalitärer Werte - in Ostdeutschland führt unter Umständen weniger zur Selbstdarstellung der besser Gebildeten als in Westdeutschland. Die Abgrenzungsbemühungen nach unten könnten geringer ausgeprägt sein.

Gleichwohl: Daß es einen Zusammenhang zwischen Selbstwahrnehmung als kompetent und fiktiven Beurteilungen auch in Ostdeutschland gibt - nur auf eine andere Dimension bezogen -, darauf verweisen Untergliederungen unserer Untersuchung nach dem Grad politischen Interesses. Je stärker jemand von sich sagt, er interessiere sich für Politik, desto eher nennt er auch einen fiktiven Politiker. Dies ist in Form eines linearen Effekts deutlich im Fall der face-to-face-Befragung erkennbar. In der Telefonbefragung tritt der Effekt sogar noch akzentuierter auf, lediglich bei der Endkategorie "sehr starkes Interesse" sinkt der Wert wieder ab (Tabelle 2).⁶

Wählt man anstelle des politischen Interesses die Zahl der bekannten, real existierenden Politiker als unabhängige Variable, so reproduzieren die Befunde die positive Korrelation zwischen Selbsteinstufung als politisch interessiert und nicht eingestandener Ignoranz. Je mehr real existente Politiker als bekannt eingestuft und bewertet werden, desto häufiger

6 Die statistische Signifikanz wird in beiden Fällen nicht erreicht. Die Richtung des Effekts ist jedoch die Gleiche, so daß die Folgerung gerechtfertigt erscheint, politisches Interesse begünstige fehlerhafte Nennungen.

werden auch Urteile über die fiktiven Politiker gefällt. Dies gilt - wie weitere Analysen belegen - unabhängig von politischem Interesse und wirkt kumulativ. Und es bedeutet einmal mehr: Je eher man sich selbst als kompetent wahrnimmt, desto größer ist die Neigung, auch die fiktiven Politiker einer Bewertung zu unterziehen.

Tabelle 2: Anteil von Befragten, die fiktive Politiker beurteilen, nach sozialen Merkmalen und politischem Interesse sowie nach Art der Erhebung in %.

	Face-to-face	Telefonisch
<i>Geschlecht</i>		
Mann	12 ₍₂₇₆₎	24 ₍₁₈₂₎
Frau	9 ₍₃₂₂₎	16 ₍₁₇₇₎
<i>Alter</i>		
18 – 29	12 ₍₁₇₄₎	26 _(58)
30 – 44	13 ₍₁₁₁₎	20 _(98)
45 – 59	11 ₍₁₅₉₎	20 _(1 07)
60 und älter	9 ₍₁₅₀₎	20 _(90)
<i>Bildung</i>		
Hauptschulabschluß / POS 8. Klasse	9 ₍₁₃₇₎	22 _(77)
Realschulabschluß / POS. 10. Klasse	14 ₍₂₄₁₎	22 ₍₁₃₄₎
Fachhochschulreife/ Abschluß einer Fachoberschule	4 _(45)	14 _(49)
Abitur (Gymnasium oder EOS)	10 ₍₁₇₀₎	19 ₍₁₀₄₎
<i>Politisches Interesse</i>		
Sehr stark	15 _(53)	21 _(68)
Stark	11 ₍₁₃₅₎	26 ₍₁₁₀₎
Mittel	10 ₍₂₀₉₎	20 ₍₁₄₈₎
Wenig	9 ₍₁₄₂₎	12 _(33)
Überhaupt nicht	6 ₍₄₈₎	- _(14)

Zahl der Befragten (N) in Klammern. Erfasst wird der Prozentsatz derer, welche die fiktiven Politiker **Volker Kutschke** und/oder **Dieter Köstritz** nennen.

Größere Unterschiede in der Neigung, fiktive Politiker zu nennen, ergeben sich nicht zwischen den Befragten mit unterschiedlichen sozialen Merkmalen. Bemerkenswert ist allenfalls eine leicht überproportionale Tendenz bei den Männern und bei Jüngeren, sich zu fiktiven Politikern zu äußern. Das traditionelle Selbstverständnis, für politische Fragen zuständig zu sein, mag einen Teil der männlichen Ignoranz erklären. Aber wieso bei den Jüngeren - den 18 - 29jährigen - die Ignoranz, zumindest in der Telefonbefragung, am größten ist, ist zunächst nicht einsichtig. Möglicherweise gilt auch hier, daß eine Selbsteinschätzung als „kompetent“ Einfluß auf die Antwortneigung nimmt. Die jüngere Generation ist diejenige, welche sich unbelastet von der Tradition der DDR-Vergangenheit dem neuen

Gesellschaftssystem zuwendet und sich unter diesen Umständen der älteren überlegen fühlen könnte.

6 Antwortmuster bei Nennung fiktiver Politiker

Welche Kriterien bestimmen nun unter denen, die eine Bewertung abgeben, das Urteil über die fiktiven Politiker? In der zitierten EMNID-Untersuchung in Westdeutschland von 1981 fällt auf, daß der fiktive Politiker einen "respektablen Mittelplatz" unter den realen Bundesministern einnimmt (EMNID 1981:16). Er wird weder besonders positiv noch besonders negativ bewertet und entspricht eher dem Durchschnitt. Differenziert man nach Parteipräferenzen, wird er von Anhängern der SPD überproportional positiv, von den Anhängern der CDU überproportional negativ bewertet. Bedenkt man, daß zu dieser Zeit die SPD (zusammen mit der FDP) die Bundesregierung stellte, könnte man vermuten, daß die Bewertung der fiktiven Politiker nicht zufällig, sondern konsistent mit der übrigen Bewertung erfolgt: Der Politiker „*Meyer*“ wird von Teilen der Wähler als Mitglied der Regierung wahrgenommen. Und ihr Urteil wird entsprechend strukturiert: Für CDU-Wähler fällt das Urteil entsprechend negativ, für SPD Wähler positiv aus. Auf ähnliche Tendenzen einer konsistenten Bewertung - im Einklang mit der Bewertung der Regierung und deren Angehörigen - haben *Schuman* und *Presser* (1981) für die USA hingewiesen.

Untersuchen wir zuerst, welche Wertung durchschnittlich den fiktiven Politikern im Vergleich zu den realen zugewiesen wird. In der face-to-face-Befragung erhält "*Volker Kutschke*" einen Durchschnittswert von 3.4, "*Dieter Köstritz*" von 3.3. Der Durchschnitt unter den realen Politikern liegt bei 3.6. Im Fall der Telefonbefragung wird "*Volker Kutschke*" mit einem Wert von 3.5 und "*Dieter Köstritz*" mit 3.1 bewertet. Der Durchschnittswert realer Politiker liegt bei 3.2. Die fiktiven Politiker werden in den beiden Erhebungen also annähernd gleich, tendenziell sogar etwas positiver beurteilt als die realen Politiker.

In der von uns gewählten Fragefassung fehlt ein Verweis auf die Zugehörigkeit der aufgeführten Landespolitiker zur Landesregierung. Weil es sich jedoch bei den genannten realen Politikern ausschließlich um jetzige oder ehemalige Minister der CDU-geführten Landesregierung handelt, könnte man vermuten, daß zumindest bei einem Teil der Befragten ein entsprechender Bezugsrahmen aktiviert wird und dieser das Antwortverhalten bestimmt. Untergliederungen nach der Parteipräferenz der Befragten sind in unserem Fall nur in der Telefonbefragung möglich. Um über hinreichende Fallzahlen zu verfügen, fassen wir dabei die Anhänger der Oppositionsparteien zusammen (in CDU vs. SPD, Grüne und PDS). Anders als in der zuvor zitierten EMNID-Untersuchung lassen sich Mittelwertunterschiede je nach Parteipräferenz verschieden jedoch nicht feststellen. Die aufgeführten Landespolitiker werden in unserer Studie offenbar nicht primär in ihrer Eigenschaft als Minister einer CDU-geführten Landesregierung wahrgenommen und bewertet.

7 Schlußbemerkungen

Was bleibt als Fazit? Die Bereitschaft, fiktive Politiker zu beurteilen und sich zu nicht existenten Sachverhalten zu äußern, ist bei einem - wenn auch kleinen - Teil der Befragten in Repräsentativerhebungen vorhanden. Der Anteil dürfte nach den bisherigen Erfahrungen in West- wie Ostdeutschland auf der Ebene einzelner, vorgegebener Politiker bei maximal 15% liegen. In der Regel wird es möglich sein, diesen Anteil durch entsprechende Frageformulierungen, die zum Eingeständnis der Nichtkenntnis ermuntern, zu reduzieren (vgl. **Reuband** 1990a). Völlig verschwinden wird er nicht. Umfragedaten, in denen Politiker bewertet werden, sollten daher immer dann vorsichtig beurteilt werden, wenn die Quote der Bekanntheit den mutmaßlich maximalen Wert für fiktive Politiker - von rund 15% - unterschreitet.

Wieviele Befragte sich zu fiktiven Sachverhalten äußern, ist eine Funktion der Zahl vorgegebener fiktiver Sachverhalte. Je mehr fiktive Fragen gestellt werden, desto größer ist der Anteil von Personen mit Fehlurteilen. Nur ein kleiner Teil unter ihnen fällt das Fehlurteil jedoch in generalisierter Weise. Die Falschantwortmuster beruhen zu einem Teil auf Zufälligkeiten, auf Mißverständnissen und/oder Tendenzen der Selbstpräsentation. Wenn es zur Bewertung eines fiktiven Politikers kommt, wird er offenbar innerhalb der üblichen Schwankungsbreite von Politikerbewertungen eingestuft. Der ihm zugeordnete Wert entspricht dem Durchschnittswert.

Am wichtigsten und bemerkenswertesten ist in unserer Untersuchung der Zusammenhang mit dem politischen Interesse: Anders als zunächst vermutet, korreliert das politische Interesse nicht negativ, sondern positiv mit der Beurteilung fiktiver Politiker. Es sind nicht die Ignoranten, sondern die Kompetenten, welche der Gefahr einer Fehlattribution unterliegen. Ob diese Fehlattribution intentional geschieht oder eher irrtümlich, ob sie spezifisch ist für Ostdeutschland oder generalisiert werden kann, bedarf weiterer Forschung.

Literatur:

- Aschmann, M.** und **Widmann, J.**, 1986: "Pseudo Opinions" in einer schriftlichen Studentenbefragung, in: ZA Information 19, S. 80-83.
- Bogart, L.**, 1967: No opinion, don't know, and maybe no answer, in: Public Opinion Quarterly, 31, S. 331-345.
- Bourdieu, P.**, 1987: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Converse, P.E.**, 1964: The nature of belief systems in mass publics. in: **Apter, D.A.** (Hrsg.): Ideology and discontent, New York und London: The Free Press, S. 206-261.
- Converse, P.E.**, 1970: Attitudes and non-attitudes: continuation of a dialogue. in: **Tufte, E.R.** (Hrsg.): The Quantitative Analysis of Social Problems. Reading, Mass.: Addison Wesley. S. 168-89.
- De Leeuw, E.D.**, 1992: Data quality in mail, telephone and face to face surveys, Amsterdam: TT-Publikaties.
- Delli Cargini, M., X.** und **Keeter, S.** 1996: What Americans know about politics and why it matters. New Haven und London: Yale University Press.
- DeMaio, Th.J.**, 1984: Social desirability and survey measurement: A review. in: **Turner, Ch.F.** und **Martin, E.** (Hrsg.): Surveying subjective phenomena, Vol. 2, New York: Russell Sage Foundation. S. 257-282.
- DER SPIEGEL Nr. 36, 1993.
- Diekmann, A.**, 1995: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

- EMNID, 1981: Die Popularität von Bundesministern - eine methodenkritische Befragung, in: EMNID Informationen Nr. 8, S. 14-16.
- EMNID, 1993: Unveröffentlichte Tabellen. Bielefeld.
- Esser, H.**, 1974: Der Befragte, in: **Koolwijk, J.v.** und **Wieken-Mayser, M.** (Hrsg.): Techniken der empirischen Sozialforschung, Bd. 6, München: Oldenbourg Verlag, S. 107-145.
- Fuchs, M.**, 1994: Umfrageforschung mit Telefon und Computer. Weinheim: Beltz Verlag.
- Hartley, E.** und **Hartley, R.E.**, 1955: Die Grundlagen der Sozialpsychologie. Berlin.
- Höflich, J.R.**, 1989: Telefon und interpersonale Kommunikation - Vermittelte Kommunikation aus einer regelorientierten Kommunikationsperspektive -, in: Forschungsgruppe Telefonkommunikation (Hrsg.): Telefon und Gesellschaft, Band 1: Beiträge zu einer Soziologie der Telefonkommunikation. Berlin: Volker Spiess, S. 197-220.
- Link, o.J.**: Telefonische Bevölkerungsumfagen in den neuen Bundesländern. Ergebnisse und Erfahrungen aus Pilotprojekten. Informationsreihe 4. Zürich: Link.
- Martin, E.**, 1983: Surveys as social indicators: Problems in monitoring trends, in: **Rossi, P.H.**, **Wright, J.D.** und **Anderson, A.B.** (Hrsg.): Handbook of survey research. San Diego et al: Academic press, S. 677-743.
- McCord, H.**, 1951: Discovering the "confused" respondent: a possible projective method. in: Public Opinion Quarterly, 15, S. 363 - 366.
- Noelle Neumann, E.** und **Petersen, Th.**, 1996: Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie. München: dtv.
- Reuband, K.-H.**, 1990a: Meinungslosigkeit im Interview. Erscheinungsformen und Folgen unterschiedlicher Befragungsstrategien, in: Zeitschrift für Soziologie, 19, S. 428 - 443.
- Reuband, K.-H.**, 1990b: Sicherheitspolitische Kenntnisse in der Bevölkerung: Das Beispiel "Nachrüstung". Über Informationsdefizite, Mobilisierungsfolgen und die Bedeutung des Wissens für die Einstellung zur Nachrüstung, in: **Steinweg, R.**, Red., Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 391-429.
- Reuband, K.-H.**, 1991: Bekundete und reale Offenheit im Interview. Eine empirische Analyse des Zusammenhangs von Verweigerungshaltung und Antwortverhalten, in: Planung und Analyse, 18, S. 49-51.
- Reuband, K.-H.**, 1993: Survey methods as a monitoring instrument, in: **Garretsen, H.F.L.**; **van de Goor, L. A. M.**; **Kaplan, Ch. D.**; **Korf, D. J.**; **Spuut, I. P.** und **de Zwart, W. M.** (Hrsg.): Illegal drug use. Research methods for hidden populations. Proceedings. Invited Expert Meeting. Utrecht und Rotterdam, Netherland Institute of Alcohol and Drug/Municipal Health Service Rotterdam, S. 22-27.
- Reuband, K.-H.**, 1998: Quoten- und Randomstichproben in der Praxis der Sozialforschung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung und den Antwortmustern der Befragten, in: ZA Information 43, S. 48-80.
- Reuband, K.-H.**, 2000: Telefonische und postalische Befragungen in Ostdeutschland. Auswirkungen auf die soziale Zusammensetzung und das Antwortverhalten, in: **Hüfken, V.** (Hrsg.): Methoden in Telefonumfragen. Opladen: Westdeutscher Verlag (im Druck).
- Reuband, K.-H.** und **Blasius, J.**, 1996: Face-to-face, telefonische und postalische Befragungen. Ausschöpfungsquoten und Antwortmuster in einer Großstadt-Studie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 48, S. 296-318
- Ruhrmann, G.**, 1989: Rezipient und Nachricht. Struktur und Prozeß der Nachrichtenrekonstruktion. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Scheuch, E.K.**, 1973: Das Interview in der Sozialforschung, in: **König, R.** (Hrsg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung, Bd. II, 3. umgearb. und erw. Auflage, Stuttgart: Enke, S. 66 - 190.
- Schröpler, J.-P.**, 1996: Response Style und Response Set. Eine Längsschnittuntersuchung zu den Zufriedenheits- und Einstellungsfragen im Sozio-ökonomischen Panel. WZB-Veröffentlichungen FS III 96 - 405, Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Schuman, H.** und **Presser, S.**, 1981: Questions and answers in attitude surveys. Experiments on question form, wording and context. New York: Academic Press.
- Wagner, W.**, 1996: Kulturschock Deutschland. Hamburg: Rotbuch-Verlag.
- Wedel, M.**, 1995: Einheitsfrust. Reinbek: Rowohlt.